

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu

**a) der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 5. Februar 2019
– Drucksache 16/5700
Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

**b) der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 30. April 2019
– Drucksache 16/6193
Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von den Mitteilungen des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 5. Februar 2019 und 30. April 2019 – Drucksachen 16/5700 und 16/6193 – Kenntnis zu nehmen.

08. 05. 2019

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilungen des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksachen 16/5700 und 16/6193, in seiner 27. Sitzung am 8. Mai 2019.

Vorsitzender Willi Stächele stellte fest, es werde gewünscht, an der bisherigen Praxis, die Aussprache über Berichte über aktuelle europapolitische Themen im Plenum zu führen und im Europaausschuss lediglich noch offene Fragen zu klären, festzuhalten.

Abg. Peter Hofelich SPD wies darauf hin, dass der Finanzrahmen nicht auf dem Sondergipfel in Sibiu verabschiedet werde, was früher einmal für wünschenswert

Ausgegeben: 14.05.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

erachtet worden sei, sei seit geraumer Zeit bekannt. Er bat um eine aktuelle Einschätzung zum Finanzrahmen und zum Thema Rechtsstaatlichkeit.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP wollte wissen, wie vor dem Hintergrund, dass Europathemen sowohl im Ministerium der Justiz und für Europa als auch im Staatsministerium bearbeitet würden, die Informationen insbesondere hinsichtlich der Frankreichstrategie, aber auch der Donaoraumstrategie, der Vier Motoren und dergleichen zusammenliefern. Seines Erachtens sollte die Federführung im Justizministerium liegen.

Abg. Josef Frey GRÜNE fragte nach dem aktuellen Sachstand zur European Cross-Border Convention (ECBC), die gerade am Oberrhein im grenzüberschreitenden Bereich einige Möglichkeiten eröffnen könnte.

Überdies plädierte er dafür, bei der Einberufung einer Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung auf Bundesebene auf eine enge Verzahnung mit den Gremien auf Landesebene, den Gremien am Oberrhein und den Eurodistrikten zu achten. Denn gerade die deutsch-französische Zusammenarbeit habe eine lange Tradition. Hier seien auch die Bedarfe sehr gut feststellbar. Ihn interessiere, inwieweit die Landesregierung Einfluss nehmen könne, dass Baden-Württemberg – sowohl von der Landesseite als auch von der regionalen Seite – in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung gut vertreten sei.

Im Übrigen hielt er es für erfreulich, dass sich der Ausschuss der Regionen (AdR) zum Mord am Danziger Oberbürgermeister positioniert habe. Das mache deutlich, dass sich Europa des Themas Grundrechte annehme und sich dafür einsetze.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) wollte wissen, ob die EU eine Position zu den insbesondere den Jemen-Krieg betreffenden Waffenlieferungen an Saudi-Arabien habe. Er merkte an, diesbezüglich habe es einen Dissens zwischen Frankreich und Deutschland gegeben. Deutschland habe hinsichtlich des Waffenhandels eine restriktivere Haltung eingenommen. Das sei zwar nicht primär ein EU-Thema. Seines Erachtens müsste sich die EU als Friedensmacht aber in irgendeiner Weise dazu äußern.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD bat um Auskunft, ob und gegebenenfalls wie sich die Landesregierung im Bundesrat dazu geäußert habe, dass der Vertrag von Aachen ein Sicherheitsgremium schaffe, das über Regierungen hinweg Sicherheitseinsätze anordnen könne.

Minister Guido Wolf erläuterte, der Sondergipfel in Sibiu habe im Wesentlichen das Ziel, den Weißbuchprozess auf die Zielgerade zu führen und innerhalb der unterschiedlichen Szenarien darüber zu befinden, welcher Weg verfolgt werden solle. Er vermöge nicht einzuschätzen, inwieweit es gelinge, hier auf dem Sondergipfel eine finale Entscheidung herbeizuführen.

Die Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Polen seien nach wie vor offen. In Ungarn scheine sich die Situation weiter zuzuspitzen, was die politische Ausrichtung oder das politische Statement zu dem eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren betreffe. Im Moment sei es schwer, hier zu differenzieren, was Wahlkampfgetöse und was mit Blick auf die künftige Zusammenarbeit innerhalb des Europaparlaments klare Signale seien. Insofern müssten erst einmal die Europawahlen abgewartet werden. Seines Erachtens sollte die Entscheidung über den Mehrjährigen Finanzrahmen in einen engen Zusammenhang mit den Rechtsstaatlichkeitskriterien gebracht werden.

Bedauerlicherweise würden auf dem Sondergipfel in Sibiu keine Weichen zum Mehrjährigen Finanzrahmen gestellt. Er hätte sich gewünscht, es bestünde noch rechtzeitig vor den Wahlen mit Blick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen Klarheit. Nun solle im Oktober – möglicherweise unter Nutzung der Vorarbeiten der aktuell aktiven Kommission – ein Finanzrahmen auf den Weg gebracht werden. Ob es politisch haltbar sei, dass nach der Wahl die neuen politischen Kräfte eines neuen Parlaments diesen Weg mitgingen, vermöge er nicht einzuschätzen. Eine gewisse Skepsis sei hier sicherlich angebracht.

Was den Brexit und die Situation in Großbritannien betreffe, so seien die Gespräche, die er vor Ostern in London und Liverpool geführt habe, allesamt ernüchternd gewesen. In der Downing Street Number 10 habe er mit dem engsten Mitarbeiterstab von Theresa May sprechen können. Da sei einerseits ein gerüttelt Maß an Gelassenheit zu spüren gewesen, andererseits seien zwischen den Zeilen auch Vorwürfe gegenüber den EU-27 zum Ausdruck gebracht worden. Als beispielsweise angesprochen worden sei, dass eine Beteiligung der Briten an den Europawahlen bei den EU-27 unterschiedliche Gefühle hervorzurufen in der Lage sei, sei lediglich darauf verwiesen worden, dass diese Beteiligung keine Idee der Briten gewesen sei, sondern dass die EU-27 das so gewollt hätten. Richtig sei, dass es eine Frage der rechtlichen Voraussetzungen sei, ob ein Land, das zum Stichtag noch nicht aus der Europäischen Union ausgeschieden sei, an den Wahlen teilnehmen müsse. Derzeit werde versucht, den Schwarzen Peter jetzt in Richtung der EU-27 zu schieben.

In Großbritannien werde bis zur Stunde davon ausgegangen, dass es – egal, wann – ein Austrittsabkommen geben werde. Jetzt werde nach dem Mikadoprinzip „Wer sich zuerst bewegt, hat verloren“ auf Zeit gespielt. Es werde unterstellt, dass am Ende des Tages keiner dafür verantwortlich sein wolle, dass kein Austrittsabkommen zustande gekommen sei. Da sehe er ein gewisses Dilemma in der Zusammenarbeit über die Europawahl hinaus. Es sei schwer zu vermitteln, dass ein Land, das vor zweieinhalb Jahren entschieden habe, aus der EU auszutreten, zweieinhalb Jahre verhandelt habe, ohne ein Ergebnis zustande zu bringen, und jetzt an der Wahl zu einem Parlament teilnehme, in dem es im Grunde nicht mehr vertreten sein wolle.

In gleicher Weise bemerkenswert sei für ihn die Aussage von Vertretern der Außenhandelskammer in London gewesen, wonach der Brexit bewältigt werde, es aber viel schlimmer wäre, wenn der Labour-Chef Corbyn Premierminister würde.

Die politischen Verhältnisse seien völlig durcheinandergeraten. Es gebe im Grunde eine ganz ähnliche Entwicklung wie in Frankreich: Die Etablierten – die Tories und die Labour Party – erodierte gerade. In den Umfragen zur Europawahl liege Nigel Farage jetzt vor Labour und Tory. Es werde auch davon ausgegangen, dass bei eventuellen Neuwahlen eine dritte, eine neue politische Kraft die Nase vorn haben könnte. Wann Theresa May aus dem Amt scheidet, sei nur eine Frage der Zeit. Dass sie es absehbar tun werde, davon gingen in Großbritannien alle aus. Die Lage sei derzeit also recht diffus.

Auch am Hafen von Liverpool, wo täglich beträchtliche Mengen an Warencontainern umgeschlagen würden, sei die Frage, inwieweit dort mit Blick auf den Brexit schon Vorbereitungen getroffen worden seien, ins Leere gegangen. Vor Ort sei bisher kein wirklicher Plan zu erkennen.

Hinsichtlich des auch schon in der Vergangenheit thematisierten Zusammenwirkens des Staatsministeriums und des Europaministeriums könne er nur wiederholen, dass es eine Organisationsentscheidung aus der Koalitionsvereinbarung sei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Staatsministerium und die Europapolitik, das Europarecht sowie die Landesvertretung Brüssel beim Ministerium der Justiz und für Europa anzusiedeln. Es sei müßig, darüber nachzudenken, ob das die allein richtige Entscheidung gewesen sei oder ob es andere sinnvolle Möglichkeiten gegeben hätte. Das sei Vergangenheit. Die handelnden Personen – Staatsministerin Schopper im Staatsministerium und er im Europaministerium – arbeiteten völlig entspannt zusammen. Entlang der Organisationsverteilung gebe es eine klare Aufgabenverteilung. Die eine oder andere Parallelstruktur sei jedoch nicht zu verhindern. Als Europaminister habe er letztlich auch für Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Zuständigkeit. Wenn er das künstlich ausblenden würde, würde er einen wichtigen Teil seiner Arbeit nicht vollziehen. Insofern gebe es gewisse Überschneidungen. Doch würden insbesondere auch in dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen die unterschiedlichen Aktivitäten innerhalb der Landesregierung immer wieder zusammengeführt. Die Erarbeitung des Europa-Leitbildes habe diese Zusammenarbeit auch bestätigt.

Die Frankreichstrategie werde derzeit federführend im Staatsministerium, insbesondere von Frau Staatsrätin Erler, erarbeitet. Hier gebe es noch Abstimmungsbedarf.

Ende letzter Woche habe er im Übrigen gemeinsam mit Brigitte Klinkert, der Präsidentin des Département-Rats Haut-Rhin, die Schirmherrschaft der diesjährigen Badenweiler Musiktage übernommen. Dabei sei auch über die Besetzung der im Aachener Vertrag neu angedachten Gremien gesprochen worden. Nach seiner Einschätzung gebe es diesbezüglich noch keine konkreten Vorstellungen. Vieles im Aachener Vertrag seien Ideen, zu denen es noch keine Anlage 2, die die konkrete Ausgestaltung beinhalte, gebe. Für ihn sei die Diskussion aber Anlass, einmal zu prüfen, wer nach der Idee des Aachener Vertrags in solchen Gremien gesetzt sei und wie das Gremium gegebenenfalls weiterhin ausgestaltet werden müsse, um eine kluge Vernetzung mit anderen bereits vorhandenen Gremien zu gewährleisten. Nichts sei schlimmer als neue Gefäße, die letztlich nur zu Doppelstrukturen führten. Insofern halte er den Hinweis, auf eine kluge Verzahnung der neu zu installierenden Gremien, Gruppierungen und Räte zu achten, für sehr wichtig.

Er fühle sich jetzt nicht in der Lage, aus landespolitischer Sicht das Thema „Waffenexporte an Saudi-Arabien“ in seiner bundespolitischen Bedeutung zu beleuchten. Doch habe die baden-württembergische Landesregierung, wenn sie in einem solchen Prozess gefordert sein sollte – das sei bislang nicht der Fall gewesen –, eine Position.

Was den Sicherheitsrat betreffe, der ebenfalls auf den Vertrag von Aachen zurückgehe, so handle es sich hier nach seiner Kenntnis um die grundsätzliche Idee, sich in einem solchen Sicherheitsrat europäisch zusammenzufinden. Vermutlich seien aber die Besetzung, die Struktur oder die Kompetenzen noch nicht final festgelegt. Die Landesregierung habe sich jedenfalls dazu im Detail noch nicht positioniert.

Eine Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa ergänzte, der Aachener Vertrag habe noch eine gewisse Flughöhe und müsse jetzt konkret heruntergebrochen werden. Über das Staatsministerium seien wichtige prioritäre Projekte aus dem Land eingespeist worden, die jetzt auch abgearbeitet würden. Die deutsch-französischen Beziehungen fingen nicht bei null an. Hier gebe es eine sehr lange Tradition. Die bestehenden Gremien sollten daher auch künftig genutzt werden, um den Vertrag auszufüllen. Der Vertrag biete viele neue Ansätze bis hin zu einem Fonds für Städtepartnerschaften, der auch in Baden-Württemberg auf großes Interesse stoße.

Beim ECBM, dem European Cross-Border Mechanism, gehe es im Kern darum, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere durch die Beseitigung administrativer Hindernisse zu erleichtern. Das werde von Landesseite – Baden-Württemberg sei das Land mit der längsten Grenze zu Frankreich – grundsätzlich begrüßt. Das Ganze sei noch nicht entschieden. Auch gebe es einen Bundesratsbeschluss von 2018, in dem der Mechanismus grundsätzlich begrüßt werde, aber auch deutlich gemacht werde, dass das Ganze im Detail einer verfassungsrechtlichen Prüfung bedürfe, weil letztlich auch das jeweilige Recht der beiden Mitgliedsstaaten in irgendeiner Form betroffen sein könnte. Überdies stelle sich die Frage, inwieweit von EU-Seite ein rechtlicher Rahmen überhaupt übergelegt werden könne. Im Moment würden gerade die verfassungsrechtlichen Fragen geprüft.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP meinte, es sei das eine, wie die Landesregierung die Aufgaben verteile. Als Parlamentarier habe er aber ein Interesse daran, zu wissen, wie z. B. die Frankreichstrategie aussehe und in welchem Ausschuss diese dann behandelt werde.

Vorsitzender Willi Stächele erklärte, diese Themen würden im Europaausschuss behandelt. Für den Europaausschuss sei zunächst einmal nicht so relevant, wer konkret in der Regierung zuständig sei. Denn alles, was Europa betreffe, werde ohnehin im Europaausschuss behandelt.

Minister Guido Wolf bekräftigte, er gehe davon aus, dass das Staatsministerium plane, die Frankreichstrategie in den Europaausschuss zu bringen.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP bat den Vorsitzenden, das Thema proaktiv auf die Tagesordnung des Europaausschusses zu setzen.

Vorsitzender Willi Stächele hielt fest, es sei bekannt, dass eine Frankreich-Konzeption in Vorbereitung sei. Er gebe dem Minister die Frage mit, auf welcher Zeitachse das Thema behandelt werden solle.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von den Mitteilungen Drucksachen 16/5700 und 16/6193 Kenntnis zu nehmen.

12. 05. 2019

Frey